

grünliberale

Grünliberale Partei Kanton Zürich

Positionspapier

Finanz und Wirtschaftspolitik

Entwurf
Genehmigt mit Änderungen
Vernehmlassung bereit

AG Finanz und Wirtschaft
Vorstand zu Handen Mitglieder am 19. Oktober 2005
Änderungen eingearbeitet durch Thomas Maier (Leiter AG F. und W.)

Inhalt

1. Staatshaushalt
2. Steuer- und Ausgabenpolitik
3. Wirtschaftspolitik
4. Zusammenfassung (bis zu 10 Leitsätze)



Grünliberale Partei
Kanton Zürich
Asylstrasse 41
8032 Zürich
Tel 044 701 24 00
Fax 044 701 24 01
zh@grunliberale.ch
www.grunliberale.ch

1. Staatshaushalt

Heutige Schulden belasten zukünftige Generationen und drohen deren Handlungsfähigkeit und persönliche Freiheit massiv einzuschränken. Wir Grünliberalen fordern daher einen Staatshaushalt, der unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlässt.

Das Ziel der Grünliberalen Partei ist es aus diesen Gründen, die relevante Staatsverschuldung (verzinsliche Schuld) innerhalb einer Generation auf die Hälfte zu reduzieren. Zur Erreichung dieses langfristigen Zieles darf in den nächsten Jahren sicher keine Neuverschuldung stattfinden. Die aktuellen Ausgaben (laufende Rechnung) des Staates sollen mit den aktuellen Einnahmen bestritten werden. Dafür setzen wir uns als Grünliberale ein.

Mittel wie eine Ausgabenbremse für Parlament und Regierung halten wir aufgrund der bisherigen Erfahrungen im Kanton Zürich für wenig wirksam.

Sparmassnahmen sind in allen Bereichen zu diskutieren und umzusetzen, denn nur der ständige Druck, Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung auszuloten, und eine wiederholte Überprüfung der Notwendigkeit staatlicher Leistungen ermöglichen einen langfristig finanziell ausgeglichenen Haushalt, wie er von einer modernen staatlichen Verwaltung zu erwarten ist. Den stärksten Handlungsdruck bezüglich möglicher Einsparungen respektive Effizienzsteigerungen sehen wir Grünliberalen beim Strassenbau, dem Militär, der Landwirtschaft und der Polizei. Sowohl im Sozialbereich und der Bildung sehen wir noch grosses Potential für Effizienzsteigerungen sowie neue, innovative und kostengünstigere Lösungen auf Basis eines vernetzten Denken und Handelns.

Sparmassnahmen sind für einen ausgeglichenen Haushalt, eine gesunde Entwicklung der staatlichen Finanzen und das Aufrechterhalten der erarbeiteten Lebensqualität unausweichlich. Es ist die bisher ungenügend wahrgenommene Aufgabe der gewählten Volksvertreter der Bevölkerung diese Sachlage klar darzulegen und die Gefährdung liebgewordener staatlicher Leistung offen anzusprechen. Forderungen nach weiteren Steuersenkungen, sind angesichts der finanziellen Lage des Kantons und den Bedürfnissen der Bevölkerung unverantwortbar. Für die Sanierung der kantonalen Finanzen benötigen wir auch eine dynamische und nachhaltige Wirtschaft.

Als Grundsatz für die von uns geforderten Sparmassnahmen gilt immer, dass der Kanton nicht auf Kosten der Gemeinden sparen darf, also Leistungen kürzt, die die Gemeinde danach aufbringen muss.

2. Steuer- und Ausgabenpolitik

Neben dem reinen Fiskalzweck der Steuern sollen Steuern auch einen Lenkungsweck erfüllen. Statt mit Verboten sollen mit steuerlichen Anreizen nachhaltig für die Gesellschaft positive Tendenzen im ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich gefördert werden. Im Grundsatz gilt: Steuern sollen möglichst gerecht erhoben und die Leistung des Einzelnen belohnt werden. Die Eigenverantwortung des Bürgers muss steuerlich attraktiv sein.

Tiefe Steuern sind nicht der allein entscheidende Faktor für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Zürich. Genauso wichtige Standortfaktoren sind Kulturangebote, eine gute Verkehrsanbindung insbesondere mit dem ÖV, gute Ausbildungsangebote, ein hohes Bildungsniveau, politische Stabilität, eine intakte Umwelt, Sicherheit sowie attraktive und gesunde Naherholungsgebiete. Diese hohe Lebensqualität weiterhin zu ermöglichen hat seinen Preis.

a) Einkommens- und Gewinnsteuern (Direkte Steuern)

Das heutige, komplizierte Steuersystem mit seinen vielfältigen und undurchsichtigen Abzügen ist radikal zu vereinfachen. Dabei gilt für uns Grünliberalen als oberstes Gebot, dass Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen nicht benachteiligt werden dürfen. Speziell der Mittelstand (Jahreseinkommen einer Familie zwischen 80'000 und 180'000 CHF) als tragendste Schicht unserer Gesellschaft und Ausgangspunkt für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung darf auf keinen Fall weiter mit zusätzlichen Steuern oder Abgaben belastet werden. Die Schere zwischen Mittelstand und sehr gut Verdienenden darf nicht weiter aufgehen. Sehr hohe Einkommen, die in den letzten Jahren von grossen Steuererleichterungen (Abschaffung der Erbschafts- und Handänderungssteuer, Senkung der Progression) primär

profitiert haben, sollen auch wieder finanziell ihre angestammte gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen, welche zwingend auch die ökologische Verantwortung umfasst. Die Steuerlast für höhere Einkommen muss so tarifiert werden, dass der Kanton Zürich auch für sie mit allen Rahmenbedingungen zusammen eine attraktive Wohn- und Arbeitsregion bleibt.

b) Indirekte Steuern

Parallel zur Vereinfachung der direkten Steuern soll der Kanton Zürich in Zukunft verstärkt Einfluss auf eine ökologische Umgestaltung der Schweizer Steuerpolitik nehmen: Der Faktor Arbeit muss nachhaltig verbilligt und der Verbrauch von Energie und die Verschmutzung öffentlicher Güter verteuert werden, wie das es von uns für die Zukunft favorisierte Konzept der ökologische Steuerreform vorsieht.

c) Finanzausgleich

Aus liberaler Sicht begrüßen wir den Steuerwettbewerb. Die heutigen Unterschiede in der Steuerbelastung sind weitgehend das Ergebnis nicht beeinflussbarer Standortfaktoren (z.B. Attraktivität der Wohnlage). Das heutige System fördert aber den Umzug der sozialschwachen Haushalte an Wohnorte mit hohen Steuern und tiefen Mieten (sowie umgekehrt), wodurch die Belastungen dieser Gemeinden zusätzlich steigt und deren Handlungsspielraum übermässig einschränkt. Wir setzen uns daher konkret dafür ein, den Finanzausgleich im Kanton Zürich dahingehend neu regeln, dass diese Differenz der Steuerbelastung kleiner wird. Der Finanzausgleich soll so mit Anreizen ausgestattet werden, dass es für Empfängergemeinden attraktiv ist, aus diesem wieder auszusteiern.

3. Wirtschaftspolitik

a) Rolle des Staates

Die Aufgabe des Staates in der Wirtschaftspolitik ist es zu definieren, innerhalb welcher Leitplanken sich der Markt abzuspielen hat. Die Leitplanken sind dabei so zu gestalten, dass:

- die wirtschaftliche Freiheit der Menschen möglichst wenig eingeschränkt ist,
- sich funktionierende Märkte entwickeln, die weder durch Überregulierung noch durch Monopole, Kartelle, Handelsschranken oder anderen Einschränkungen beeinträchtigt werden, und
- die Wirtschaft sich auf nachhaltige Weise entwickelt.

Um effizientes staatliches Handeln zu garantieren, sind die Massnahmen, um diese Ziele zu erreichen, regelmässig mittels Kosten-Nutzen Analysen zu überprüfen.

b) Globalisierung

Die Prozesse der Globalisierung führen zu einem beschleunigten Strukturwandel und lassen sich nicht aufhalten. In diesem Sinne hat der Staat strukturerhaltende Massnahmen wie staatliche Zuschüsse an Unternehmen und produktionsgebundene Subventionen zu unterlassen, da diese Innovationen hemmen und die im internationalen Wettbewerb notwendigen Anpassungen hinauszögern.

c) Service Public

Wir Grünliberalen befürworten einen Staat, der die Grundversorgung der Bevölkerung garantiert. Gleichzeitig sind wir Grünliberalen überzeugt, dass Private im Wettbewerb, die zur Grundversorgung notwendigen Dienstleistungen häufig effizienter zur Verfügung stellen, als dies der Staat selber tun kann.

Der Staat definiert und garantiert die Grundleistungen. Er organisiert den Markt, in dessen Rahmen vermehrt private Akteure im Wettbewerb die geforderten Leistungen erbringen. Anstelle von Subventionen in Märkten, in denen Gebühren nicht kostendeckend sein können, ist mittels Leistungsvereinbarungen mit den günstigsten Anbietern die effiziente Erbringung der Grundleistungen zu garantieren. Dabei sind die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auch langfristige Interessen gewahrt bleiben. Dies gilt insbesondere für die Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur. In

Fällen, in denen kein funktionierender Markt organisiert werden kann oder hoheitliche Aufgaben betroffen sind, soll der Staat auch in Zukunft als Leistungserbringer tätig sein.

Die langfristige und nachhaltige Sicherung des Service Public geniesst absolute Priorität vor überstürzten Privatisierungen und Liberalisierungen, da unausgereifte Lösungen sehr viel Schaden anrichten können (z.B. Eisenbahnen in Großbritannien oder Elektrizitätsversorgung in Kalifornien). Ein derartiges Vorgehen zum Stopfen von Haushaltslöchern ist zu unterlassen, um den Umbau des Kantons Zürich und in letzter Konsequenz der ganzen Schweiz zu einem effizienten Staat nicht zu gefährden.

d) KMU

KMU bilden das Rückgrat der Wirtschaft im Kanton Zürich. Die Öffnung der Märkte innerhalb Europas erhöht besonders für lokal tätige Unternehmen den Wettbewerbsdruck. Als Unterstützung für die Anpassung der KMU an die geänderten Bedingungen sind (i) überflüssige und behindernde Richtlinien und Gesetze zu streichen oder anzupassen und (ii) staatlich bedingter Verwaltungsaufwand in den KMU zu reduzieren durch Vereinfachung der Abläufe (z.B. Steuern, Lohnausweis, Untermehmungsgründung etc.)

e) Innovationen fördern

Um die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit im Kanton Zürich zu erhalten sind Innovationen zu fördern.

Erste grünliberale Vorschläge zur Förderung von innovativen Unternehmern und der nachhaltigen Sicherung eines gesunden zürcherischen Unternehmensgeistes sind:

1. Investitionsrisikogarantie – Zugang zu günstigem Fremdkapital
2. Förderung von Venture Capital
3. Fördermodelle wie den Technopark (www.technopark.ch) und Toolpoint (www.toolpoint.ch) in Industriebranchen, jeweils branchenspezifisch

f) Ökologie und Wirtschaft

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein wichtiges Staatsziel und für eine langfristig gesunde wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar. Die Einhaltung internationaler Verpflichtungen, wie das Kyoto-Protokoll, ist daher unumgänglich. Zur Erreichung dieses Ziels sind vorzugsweise staatsquotenneutrale, marktwirtschaftliche Instrumente¹, wie z.B. Lenkungsabgaben oder Handel von Zertifikaten, einzusetzen. Die Einführung solcher Lenkungsmaßnahmen erfolgt in einem überschaubaren Zeitraum in Stufen, damit sich die Wirtschaft an die sich ändernden Märkte anpassen kann. Wir erachten solche Massnahmen als Impulse, welche die Anpassung der Schweizer Wirtschaft an die zukünftigen internationalen Wettbewerbsbedingungen fördern. Zudem sind wir der Auffassung, dass Innovationen in den Bereichen effizienter Energieeinsatz, technischer Umweltschutz und emissionsarmen Produktionsprozessen die Basis einer starken zukünftigen Schweizer Exportwirtschaft bilden können. Diese Massnahmen sind vielmehr als kurzfristige Herausforderungen für die Schweizer Wirtschaft zu sehen, damit diese sich mittel bis langfristig als starker Mitbewerber an der Spitze des globalen Marktes positionieren kann.

4. Zusammenfassung (bis zu 10 Leitsätze)

Folgt nach Genehmigung durch Mitgliederversammlung

¹ Idee für ein solches Instrument: Flächenverbrauchssteuer, um die Zersiedelung und die Versiegelung der Landschaft zu bremsen.